

II - 4417 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2100/I

1986 -07- 0 2

A n f r a g e

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Weinberger, Wanda  
Brunner, Strobl

und Genossen

an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie  
betreffend ungerechtfertigte Stromanschlußgebühren

Der Oberste Gerichtshof hat in einem zwischen dem Elektrizitätsversorgungsunternehmen "Salzburger Stadtwerke" und einem Stromabnehmer ausgetragenen Rechtsstreit um die Höhe der Stromanschlußgebühren festgestellt, daß die vom Konsumenten geforderten Anschlußkosten stark überhöht waren.

Die gegenständliche Entscheidung ist weit über den Einzelfall hinaus von grundsätzlicher Bedeutung. Im Lichte dieses Urteils müßte es nämlich in vielen Fällen zu einer spürbaren Verringerung der Stromanschlußkosten kommen, die auch rückwirkend geltend gemacht werden können.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie folgende

A n f r a g e n :

- 1) Sind Sie bereit, dieser Entscheidung des OHG entsprechend die Verordnung über die Verrechnung von Baukostenzuschüssen der Elektrizitätswirtschaft zu novellieren, um zu verhindern, daß künftighin zu hohe Anschlußgebühren vorgeschrieben werden?

- 2 -

- 2) Denken Sie daran, im Rahmen Ihrer aufsichtsbehördlichen Tätigkeit auf die Elektrizitätsversorgungsunternehmen dahingehend einzuwirken, daß diese ihre Berechnungen überprüfen und ungerechtfertigte Anschlußkosten rückerstatten, ohne daß die Konsumenten sich in kostspielige Zivilprozesse einlassen müssen?